

# Europäische Handelsprojekte und österreichischer Rechtspopulismus

Die handelspolitischen Positionen der FPÖ am Beispiel von des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens

Hanna Lichtenberger

„Bundeskanzler Kerns offensichtlich geplante Zustimmung zu CETA darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das europäisch-kanadische Abkommen nach wie vor zahlreiche Probleme in sich birgt und TTIP durch die Hintertür darstellt. Mit CETA fallen nicht nur Zölle, sondern auch Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte. Außerdem ist mit In-Kraft-Treten des Handelspaktes der Beschneidung der Daseinsvorsorge – wie der Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen im Gesundheitsbereich oder der Wasserversorgung – Tür und Tor geöffnet.“<sup>1</sup>

Fällt das Schlagwort *ArbeitnehmerInnenrechte* oder wird Kritik an Privatisierungen laut, denken die meisten Menschen wohl zu Recht an eine Pressemeldung der Arbeiterkammer, der Gewerkschaften oder vielleicht auch der Sozialdemokratie. Die Sorge um die Absenkung von Umweltstandards wird am ehesten NGOs wie Greenpeace oder den Grünen zugeschrieben. Die obige Stellungnahme stammt aber nicht von einer globalisierungskritischen Aktivistin oder einem Vertreter einer NGO, sie ist aus einer Presseaussendung des freiheitlichen Bundespräsidentchaftskandidaten Norbert Hofer entnommen. Irritation verwundert angesichts der harten Privatisierungspolitik der Freiheitlichen und den zahlreichen Angriffen auf die Errungenschaften der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, die es unter Schwarz-Blau gegeben hatte, nicht. Während die transnational ausgerichteten europäischen Eliten im Moment mit TTIP, CETA und TiSA versuchen, ein tiefgreifendes handels- und wirtschaftspolitisches Projekt durchzusetzen, regt sich Widerstand nicht nur von Links. Im rechten Streit um Europa wird auch vor den Handelsabkommen nicht halt gemacht. Der Konflikt spiegelt sich auch in der Positionierung extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien in der Frage des Abschlusses der TTIP-Verhandlungen wider. So positioniert sich etwa die *Alternative für Deutschland*, ähnlich wie auch die FPÖ grundsätzlich für Freihandel, kritisiert aber die TTIP-Verhandlungen als intransparent und zweifelt am Verhandlungsgeschick der EU-Kommission. Deshalb fordert die AfD, die einzelnen Mitgliedsstaaten sollen am transatlantischen Verhandlungstisch sitzen (AfD o.J.), betont jedoch sehr viel stärker die positiven Effekte der Intensivierung des transatlantischen Handels. Auch die europäische Rechtsaußenfraktion *Europa der Nationen und der Freiheit*, der neben der FPÖ etwa auch der französische *Front National*, die niederländische *Partij voor de Vrijheid* oder die italienische *Lega Nord* angehören, spricht sich gegen TTIP aus. Auffallend ist aber, dass keine gemeinsame, vertiefende Argumentation zu finden ist, was den losen Bündnischarakter der NationalistInnen auf europäischer Ebene unterstreicht.<sup>2</sup>

Für die FPÖ ist die Frage von TTIP und CETA deutlich wichtiger, als für andere Akteu-  
Innen in der rechten Fraktion, was nicht zuletzt an der phasenweise großen Aufmerk-

samkeit und der hohen Bedeutung des Themas in der österreichischen Öffentlichkeit liegt. Besonders in der Auseinandersetzung rund um die Bundespräsidentenwahl gelang es ihr mit dem Thema zumindest kurzfristig gegenüber dem Freihandelsbefürworter Alexander van der Bellen Stimmung zu machen – insbesondere deshalb, weil Christian Kern trotz der negativen Stimmung der Basis für die Ratifizierung von CETA stimmte. Auch wenn der österreichische Bundeskanzler dem freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer damit nicht in die Hofburg „verhalf“, ist eine Beschäftigung mit den FPÖ-Positionen zu CETA und TTIP relevant. Es ist zu fragen, ob die FPÖ seit der Abspaltung des BZÖ und ihrer Neupositionierung als „soziale Heimatpartei“ tatsächlich eine wirtschaftspolitische „antineoliberale“ Wende vollzog oder ob dies lediglich eine taktische Entscheidung zur kurzfristigen Mobilisierung von WählerInnen darstellt.

### Die FPÖ und das neoliberale Projekt

In den 1990er Jahren unterstützten transnational-orientierte Kapitalfraktionen Jörg Haider's Aufstieg. Die FPÖ in der Regierung ab 2000 gemeinsam mit der ÖVP sollte jene neoliberalen Politiken gemäß den allgemeinen europäischen Tendenzen auch in Österreich umsetzen, gegen die sich selbst die Dritte-Weg-SPÖ gestellt hatte. Felix Wiegand und Daniel Fuchs hielten dazu fest: „Diese neoliberale, arbeiterInnen- und gewerkschaftsfeindliche Ausrichtung muss als ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg der FPÖ in den 1990er Jahren angesehen werden. [...] Diese erfreute sich angesichts der Forderungen nach *Flat Tax* usw. auch der Unterstützung von Industriellenvereinigung, Mittelstand und einzelnen UnternehmerInnen [...]“. (Fuchs/Wiegand 2009) Dem wirtschaftsliberalen Teil der FPÖ, dazu gehörten etwa Thomas Prinzhorn und Karl-Heinz Grasser, und ihrem neoliberal-konservativen Transformationsprojekt verhalf der autoritäre Populismus der FPÖ im Bereich der Migrationspolitik zum großen Wahlerfolg und letztlich auch dazu, Teil der Regierung ab 2000 zu sein. Dem deutschnationalen Flügel wiederum wurden hohe Machtbefugnisse, institutionelle Verankerung und diskursive Einflussmöglichkeiten zugestanden (ebenda) und zahlreiche Einschnitte in asyl- und migrationspolitischen Fragen wurden umgesetzt. Die „rechtsradikale Revolution“ von Knittelfeld erscheint Wiegand und Fuchs als die Vorwegnahme der dann 2005 in Form des BZÖ tatsächlich erfolgten Abspaltung des pragmatischeren, neoliberalen Flügels“ (ebenda) vom deutschnationalen Kern der FPÖ.

Nach der Parteiübernahme durch den deutschnationalen Flügel mit ihrem Kandidaten Heinz-Christian Strache fügte die FPÖ im Wahlkampf 2006 ihrem Logo die Zeile „soziale Heimatpartei“ bei und markierte damit die taktische Neuausrichtung nach Jahren unter Jörg Haider und der Beteiligung am neoliberalen Umbauprojekt ab 2000. Die FPÖ kombiniert heute in der politischen Kommunikation soziale Fragen mit (vor allem antimuslimischen) Rassismus – dass gerade die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, und Sozialpolitik von Schwarz-Blau zur finalen Durchsetzung neoliberaler Agenden in Österreich geführt hatte wird mit dem Label der sozialen Heimatpartei quasi überschrieben – und diese Strategie scheint angesichts des Fehlens politischer und sozialer Alternativen zu funktionieren. Die FPÖ inszeniert sich gerne als einzige „EU-kritische“ Stimme im österreichischen Parlament und fordert je nach politischer Wetterlage eine Volksabstimmung zum Euro, zum Verbleib in der Europäischen Union oder zum weiteren Beitritt bestimmter Staaten, insbesondere der Türkei. Die FPÖ unterscheidet stark zwischen den „europäischen Werten“ und der Europäischen Union und ist national orientiert, wenn es um EU-Fragen geht und

versteht sich als „europäisch“ wenn es darum geht, sich insbesondere gegen das „muslimische *Andere*“ zu inszenieren.

Zu ihrer scheinbaren „antineoliberalen“ Neuorientierung, passt auch die aktive Ablehnung der Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA, die als „als der US-Versuch einer weit gehenden Neu-Formatierung der europäischen Wirtschaftsorganisations- und Regulationskultur“ (FPÖ Bildungsinstitut o.J., 8) zu verstehen seien. TTIP sei wie aus dem „Handbuch für ein neoliberal organisiertes Europa“ (a.a.O., 102), die österreichische Bundesregierung ließe sich vom „Bankensektor voll in ein neoliberalbaues Europa der Finanzkonzerne drängen“ (ebenda) Sollte es zu einem Abschluss von kommen, werde das „europäische Rechts- und Ökonomie-Modell endgültig zertrümmert“ (a.a.O., 8) und Europa würde „den transnationalen Konzernen zur freien Entfaltung präsentiert, was einer Plünderung Europas gleich käme.“ (a.a.O., 26).

### **Transnational orientierte Eliten und ihr handelspolitisches Projekt**

Das Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union ist in der Tat ein Projekt transnational orientierter Kapitalfraktionen. Als umfassendes Handelsabkommen thematisieren die Verhandlungen nicht nur tarifäre sondern auch sogenannte nicht-tarifäre „Handelshemmnisse“. Das heißt, das Abkommen betrifft nicht nur Zölle, sondern ein weites Feld von Gesundheits-, KonsumentInnen-, Umwelt-, Daten- und ArbeitnehmerInnenrechten, Bereiche des Sozialstaates und auch die Frage, der demokratischen Legitimation politischer Regulation. Letzteres bezieht sich sowohl auf den Modus der Verhandlungen und wie auch die Inhalte des Abkommens in Bezug auf die geplanten institutionellen Veränderungen des Investitionenschutzes ISDS (*Investor-state dispute settlement*). Die Ideen zu solch einer umfassenden Freihandelszone zwischen den USA und der EWG waren schon am Beginn der 1990er Jahre angedacht. Die Debatte rund um das Abkommen macht damit tieferliegende strukturelle Probleme der europäischen Integration deutlich und unterstreicht den wettbewerbsorientierten, neoliberalen Charakter der EU als politischem Projekt. Oliver Prausmüller weist in diesem Zusammenhang auf die „bemerkenswerte Kontinuität einer konstitutionalistischen Agenda, die den Handlungsradius öffentlicher Politiken marktkonform limitiert und auf eine Disziplinierung demokratisch legitimer Regulierungen zugunsten von offensiven Unternehmens- und Investoreninteressen zielt“ (Prausmüller 2014, 73) hin. Mit der Wirtschaftskrise nahmen die Verhandlungen seit Juli 2013 neue und vor allem konkrete Fahrt auf. Das *Comprehensive Economic and Trade Agreement*, kurz CETA, das Abkommen zwischen der EU und Kanada, gilt dabei als „Blaupause der Deregulierung“ (Fritz 2015) für TTIP. Mit den umfassenden Handelsabkommen sollen neue Standards in der internationalen Handelspolitik gesetzt werden, die in den stockenden Doha-Verhandlungen der WTO nicht mehr durchgesetzt werden. Auf EU-Ebene werben hunderte Lobbyingverbände für TTIP – zu den fleißigsten Lobbyingverbänden gehören der europäische ArbeitgeberInnenverband *Business Europe*, das *Transatlantic Business Council*, das *European Services Forum*, das *European Chemical Industry Council*, oder die *European Automobile Manufacturer's Association*. In Österreich vertreten vor allem die Industriellenvereinigung und die die Agenda Austria offensiv eine positive Haltung gegenüber TTIP, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Wirtschaftskammer eine positive, wenn auch weniger offensive Position.

## Die Position der FPÖ zu TTIP

Oberflächlich betrachtet sind die FPÖ-Positionen überraschend kritisch, erst bei eingehender Analyse wird klar, dass sie sich grundlegend von globalisierungskritischen, linken Antworten unterscheiden. Zur Untersuchung der FPÖ-Positionen können nicht nur Presseaussendungen herangezogen werden, eine besonders ergiebige Quelle stellt eine Broschüre des FPÖ-Bildungsinstitutes dar, die von den beiden EU-Abgeordneten Harald Vilimsky und Franz Obermayr herausgegeben wurde. In *TTIP und TiSA. Die transatlantische Gefahr* beziehen die Freiheitlichen auf über hundert Seiten Position. Darin beziehen sie sich nicht nur auf die Studien, die die EU-Kommission in Auftrag gegeben hatte, sondern auch auf Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace, attac oder auf einzelne zentrale Anti-TTIP-AkteurInnen wie die US-amerikanische Handelsrechtsexpertin und Aktivistin Lori Wallach. Ein anderer Bezugspunkt ist etwa der europäische Grüne Sven Giegold. Die FPÖ scheint dabei verstanden zu haben, dass der Name eines Handelsabkommens untergehen kann, aber die inhaltlichen Positionen deswegen nicht verschwinden – beobachtbar bei den Überschneidung des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) mit dem GATS-Abkommen oder auch mit den Inhalten des ACTA-Abkommens (Anti-Counterfeiting Trade Agreement).

Diese Bezugnahmen auf gesellschaftskritische oder zumindest linksliberale AkteurInnen kann zum einen daran liegen, dass der FPÖ rechte Intellektuelle als Bezugspunkt in dieser Frage fehlen, zum anderen aber auch an der dominanten Stellung der genannten AkteurInnen in den widerständigen Aktivitäten gegen die Handelsabkommen, in die sich die FPÖ aus strategischen Überlegungen einschreiben will – allerdings ohne sich im Detail mit deren Positionen zu beschäftigen. So spricht sie sich positiv für andere Kernbereiche von TTIP aus – etwa die Vereinheitlichung von Normen, das Verbot von diskriminierenden Verwaltungsvorschriften oder den Abbau von Zöllen. Dafür, so ist sich die FPÖ sicher, „bedarf es aber keines Knebelvertrages à la TTIP, welcher Europa in wichtigen Bereichen fremden Rechtsregimes unterwirft und welche den Nationalstaats als Ort des Politischen weitestgehend entmündigen.“ (a.a.O., 33) Die ablehnende Haltung gegenüber den transatlantischen Projekten kann an drei wesentlichen Momenten festgemacht werden: *erstens* an der Forderung nach dem Primat der Politik, das durch TTIP bedroht sei, *zweitens* an einem massiven Antiamerikanismus und *drittens* an der verkürzten Kritik an FinanzmarktakteurInnen.

## EU-Kritik und das Primat der Politik

*Erstens* nutzt die FPÖ ihre TTIP-Kritik um mit der Europäischen Union grundsätzlich abzurechnen. Denn während sich PolitikerInnen in den USA, damit abgefunden hätten, dass Politik lediglich, „Vollzugsinstrument von Wirtschaftsinteressen zu sein“ (FPÖ-Bildungsinstitut o.J., 7) sei, fordert die FPÖ das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. TTIP fordere „absoluten Primat der Ökonomie über die Politik konsequent ein[...]“ (a.a.O., 36–37). Unter dem *Primat der Politik* versteht die FPÖ den Auftrag an die Politik, „die Wünsche der Menschen einfließen zu lassen. Das kann nicht an Investoren oder das Finanzkapital delegiert werden.“ Im Konkreten geht es ihr aber darum, dass „die Gesetzgeber in Brüssel wie auch im Falle Österreichs in Wien über vollständige Informationen aller Verhandlungen verfügen“ (a.a.O., 9). Die FPÖ kritisiert die fehlende Einbindung der nationalen Parlamente oder des EU-Parlaments (a.a.O., 13), lässt hier aber gerne unter

den Tisch fallen, dass sich das EU-Parlament schon im Juli 2015 dazu entschlossen hatte, in einer nichtbindenden aber symbolisch wichtigen Resolution klarzustellen, dass es unter bestimmten Bedingungen TTIP zustimmen werde. Gefordert wurde lediglich eine Nachbesserung bei ISDS und den Schiedsgerichtsverfahren, ohne diese grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Resolution wurde mit 436 konservativen, liberalen und einigen sozialdemokratischen Stimmen verabschiedet, zu den 241 Gegenstimmen gehörten unter anderem die österreichischen SP-Abgeordneten, die grüne und linke EU-Parlamentsfraktion sowie rechte und nationalistische Abgeordnete. Die FPÖ nutzt die Kritik an TTIP um altbekannte, nationalistische Positionen zu propagieren und die Stärkung des Nationalstaates zu fordern.

### Antiamerikanismus

Der zweite große Themenblock, der in der Kritik an TTIP erkennbar ist, ist die Gegenüberstellung zwischen *Amerika* und *Europa* und der Perpetuierung von antiamerikanischen Ressentiments. Dabei werden nicht nur homogene amerikanische Interessen impliziert, sondern auch tatsächliche gegenhegemoniale Widerstände in den USA negiert. TTIP wird vor allem als großer Plan der USA gesehen, ihre Interessen am Rücken *Europas* durchzusetzen. So spekuliert die FPÖ: „Die USA schicken sich offenbar an, sich als die Macht der Welt anzumelden, die den Anspruch hat, aller [sic!] wichtigen globalen Transaktionen unter Kontrolle zu haben“ (a.a.O., 30) Ein ganzes Kapitel widmet sich dabei den „*Vermuteten US-amerikanischen Motiven des TTIP*“. Dazu zählt die FPÖ die Durchsetzung von Fracking, die Krise der NATO und den Ausbau der Macht der USA, die Verbreitung des angelsächsischen Rechtsverständnisses in der ganzen Welt, und die Ungleichbehandlungen von Unternehmen durch FACTA (*Foreign Account Tax Compliance Act*). Die USA würden von „Europa“ die völlige Übernahme des „American Way of Economy“ fordern (a.a.O., 5), die US-Regierung sei im Gegensatz zur ziellosen Kommission vorbereitet um mit „Europa Schlitten fahren“ (a.a.O., 6) zu können. Während die EU-Kommission gerade zahlreiche Handelsabkommen mit anderen Staaten verhandelt, wird dies den USA nicht zu gestanden. Der Antiamerikanismus spiegelt sich auch deutlich in der Kritik am Investitionenschutz. Da die FPÖ sich nicht grundsätzlich gegen Freihandel und Handelsverträge ausspricht, ist ihr auch ISDS ein besonderer Dorn im Auge. Denn, so die FPÖ, das Investitionenschutzabkommen ISDS stelle eine Gefahr für alle Handelsabkommen dar, weil diese von der Bevölkerung aus Angst vor ISDS abgelehnt werden würden. ISDS aber gefährde den europäischen Sozialstaat, da „nordamerikanische Konzerne, Großbanken und Fondsgesellschaften [...] klagen können, nur weil sie argwöhnen, dass neue Mindestlohnregelungen, Arbeits- und Kündigungsschutzgesetze, Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern oder großzügige Transferleistungen der Staaten ihre Profitaussichten schmälern.“ (a.a.O., 38) Problematisch erscheint der FPÖ dies aber lediglich im Zusammenhang mit US-amerikanischen Unternehmen, wie die Kritik an CETA deutlich macht, denn „manche US-Firmen haben ihren Firmensitz bereits in Kanada, durch eine Firmensitzverlegung nach Kanada kommen diese US-Unternehmen dann in das Regime von CETA“ (a.a.O., 50). Dass Konzerne aus zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vielerorts von ISDS profitieren und die EU selbst zentrale Akteurin in der Globalisierung ist, thematisiert die FPÖ nicht. Denn die europäische Integration ist nicht nur in ihren eigenen Strukturen neoliberal geprägt, sondern fördert dies auch nach außen. Schon im Verlauf der WTO-Uruguay-Runde vertraten die EU-Staaten

gemeinsam mit den USA die Position, die internationale Handelsagenda noch weiter auszudehnen. Dies zeigt sich etwa in der Unterstützung der Teil-Abkommen GATS, TRIPS und TRIMS. Auch in den Folgerunden vertrat die EU die sog. „Singapur-Themen“ Wettbewerbspolitik, Investitionsschutz, öffentliches Auftragswesen und administrative Handelserleichterungen. Erst der Widerstand zahlreicher Schwellenstaaten führte zu einem Rückzieher der EU. Hans-Jürgen Bieling argumentiert, die EU führe seither „eine mehrdimensionale Strategie, um die Öffnung anderer Märkte für europäische Waren und Investitionen voranzutreiben.“ (Bieling 2010, 136) Die bilateralen Abkommen enthielten nur wenige Liberalisierungsverstöße, diese wurden eher im Bereich der WTO-Plus-Verträge versucht. ISDS ist keine Erfindung des TTIP-Verhandlungsprozesses, sondern ist bereits heute in über 3000 bilateralen und regionalen Verträgen Realität – darunter zahlreiche Verträge, die Staaten der EU oder die EU selbst unterzeichnet haben. Eingeführt wurde ISDS ursprünglich, um Investitionen in Staaten mit funktionsunfähigen Rechtssystemen zu erleichtern und die dortigen (nicht-)demokratischen Entscheidungswege umgehen zu können. Seit den 1990er Jahren ist es aber eine verbreitete Klausel in internationalen Verträgen, die Zahl der angestregten Verfahren im Rahmen des ISDS stieg jedoch erst in den letzten Jahren signifikant.

### **Gegen den Finanzkapitalismus**

Drittens fokussiert die Kritik der FPÖ am Handelsabkommen zwischen der EU und den USA vor allem auf eine bestimmte Kapitalfraktion. So seien die treibenden Kräfte in den TTIP-Verhandlungen neben Industrie- und Handelskonzernen auch „Großbanken, Fondsgesellschaften und Versicherungsunternehmen“. (FPÖ-Bildungsinstitut o.J., 37). Deswegen warnt die FPÖ besonders im Bereich der Regulierung der Finanzmärkte vor TTIP. Manche der freiheitlichen Argumente richten sich abstrakter gegen die Dominanz finanzdominierter Kapitalfraktionen, andere warnen davor, dass mit TTIP bestehende Regulierungen aufgehoben werden könnten oder der Status quo auf Dauer gestellt werden könnte. Dazu schreibt die FPÖ: „Interessen des Kapitals, um es ideologisch zu formulieren, finden im TTIP eine wohlgesonnene Interessenmechanik, um ihren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Man kann aber auch einfach von einer pointierten finanzwirtschaftlichen Ausrichtung sprechen.“ (a.a.O., 38) Und weiter: „Eine allein von finanzwirtschaftlichen Überlegungen getriebene Marktwirtschaft stellt die potenzielle Gefahr dar, dass Wirtschaft sich zum Selbstzweck und sich damit über die Menschen erhebt.“ (a.a.O., 71), BürgerInnen wurden so zu „zu einem Konsument und einer Arbeitskraft schrumpfen“ (a.a.O., 56). Zum einen fehlt es an einer informierten Kritik an den Deregulierungen an den Finanzmärkten in der Europäischen Union, die unter anderem von Schwarz-Blau mitgetragen wurden. Zum anderen aber konstruiert die FPÖ ein Bild der guten „Realwirtschaft“ auf der einen Seite und den „Auswüchse[n] eines deregulierten, neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“ (a.a.O., 102) auf der anderen Seite.

### **Abschluss**

Die FPÖ kritisiert nicht grundsätzlich Freihandel – sie lehnt TTIP wie vorangehend dargestellt vor dem Hintergrund ihrer grundsätzlichen EU-Kritik, ihrem Antiamerikanismus und einem falschen Verständnis der Verwobenheit von finanzdominierten und industriell dominierten Kapitalfraktionen ab. Wenn davon ausgegangen wird, dass TTIP ein Projekt

transnational orientierter Kapitalfraktionen in der Europäischen Union ist, das auch auf Widerstand im Block an der Macht trifft, steht die FPÖ auf der Seite der stärker national- oder binnenmarktorientierten Kapitalfraktionen, wie auch die Freiheitliche Wirtschaft deutlich macht. Sie betont, dass TTIP keinen positiven Effekt für österreichische Klein- und Mittelbetriebe habe, vielmehr mache ISDS „KMU zu Unternehmern zweiter Klasse“<sup>3</sup>. Rechtspopulistische Kritik an TTIP kann leicht von globalisierungskritischer, internationalistischer und linker Kritik unterschieden werden.

Rechte Kritik am aktuell verhandelten Abkommen zeichnet ein homogenes Bild von „den Amerikanern“, sie ist blind gegenüber den vielfältigen Interessenslagen und den zahlreichen TTIP-kritischen Initiativen in den USA. Den USA wird dabei oft ein geheimer Plan zur völligen Umgestaltung der europäischen Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung unterstellt – besonders zu Gunsten finanzdominierter Kapitalfraktionen gegen die sog. „Realwirtschaft“. Rechte TTIP-Kritik richtet sich selten gegen die Nationalstaaten, die der EU-Kommission durch das Verhandlungsmandat den Rahmen für die TTIP-Verhandlungen vorgegeben hat. Die Globalisierungspolitik der EU nach innen wie nach außen (etwa in der WTO) wird nicht thematisiert. Die FPÖ positioniert sich nicht auf der Seite Subalterner in handelspolitischen Fragen, sondern auf der Seite eines Teils der herrschenden Klasse, die im Konflikt mit anderen Fraktionen steht. Um gegen das Projekt transnational orientierter Kapitalfraktionen zu opponieren, greift sie gerne auf antiamerikanische Ressentiments zurück. Ihren Sorgen darum, dass ArbeitnehmerInnenrechte durch TTIP geschwächt werden könnten und dass der Sozialstaat vor dem Aus stehe, fehlen nicht nur auf Grund ihrer neoliberalen, zerstörerischen Politik als Partei der Vermögenden und UnternehmerInnen unter Schwarz-Blau, sondern auch auf im Hinblick auf ihre Stimmverhalten unter Heinz-Christian Strache jede Glaubwürdigkeit. So ist die FPÖ gegen Vermögenssteuern, sie seien „ungerecht und asozial“<sup>4</sup>. Strache tritt zudem auch gegen Steuern auf Vermögenszuwächse und gegen die Senkung des Spitzensteuersatzes auf. In den letzten Jahren stimmten die Freiheitlichen im Parlament selbst gegen die kleinsten sozialen Absicherungen, die von SPÖ und ÖVP zur Abstimmung ins Parlament gebracht wurden – etwa 2010 gegen die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, 2014 gegen den Ausbau des Pflegefonds, gegen die Einführung der Möglichkeit für BauarbeiterInnen, vor Antritt einer Pension Überbrückungsgeld zu beantragen und gegen die Begrenzung von Luxus Pensionen, 2011 versuchte die FPÖ, die Begrenzung der MaklerInnengebühren auf zwei Monatsmieten über eine Petition wieder aufgeben. Die FPÖ positioniert sich im rechten Streit um die europäische Handelspolitik auf der Seite national-orientierter und gegen transnational-orientierte Kapitalfraktionen – umso wichtiger sind gegenhegemoniale Strategien, die die Herrschaftsförmigkeit beider handelspolitischer Projekte aufzeigen.

## Literatur

- AfD – Alternative für Deutschland (ohne Jahr): <https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/hintergrundinformationen/freihandelsabkommen/>, abgerufen am 1.1.2017
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): *Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Eberhardt, Pia (2014): *Kampf gegen die transnationale Verfassung der Konzerne. Fünf Thesen zur Debatte um die Investorenrechte im EU-USA-Freihandelsabkommen*; in: *Kurswechsel* 2014(2), S. 81–85

Freiheitliches Bildungsinstitut (ohne Jahr): TTIP und TiSA. Die transatlantische Gefahr; online verfügbar unter: [http://www.hcstrache.at/fileadmin/user\\_upload/TTIP\\_und\\_TiSA\\_-\\_Die\\_transatlantische\\_Gefahr.pdf](http://www.hcstrache.at/fileadmin/user_upload/TTIP_und_TiSA_-_Die_transatlantische_Gefahr.pdf), abgerufen am 1.1.2017

Fritz, Thomas (2015): CETA: Blaupause der Deregulierung; in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2)2015, S. 25-28.

Fuchs, Daniel/Wiegand, Felix (2009): FPÖ: Rechts extrem erfolgreich; in Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis Nr. 8; online verfügbar unter: <http://www.perspektiven-online.at/2009/06/13/fpoe-rechts-extrem-erfolgreich/>, abgerufen am 1.1.2017

Prausmüller, Oliver (2014): Aktuelle Debatte. Das EU-USA-Abkommen „TTIP“: Wer profitiert; in: Kurswechsel 2014(2), S. 72–74

## Anmerkungen

- 1 Norbert Hofer in einer Presseaussendung des *Freiheitlichen Parlamentsklubs* [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20161006\\_OTS0059/bp-kandidat-hofer-zu-ceta-werde-meine-linie-nicht-aufgeben](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161006_OTS0059/bp-kandidat-hofer-zu-ceta-werde-meine-linie-nicht-aufgeben), abgerufen am 1.1.2017
- 2 Auch in rechtsextremen Medien werden TTIP und CETA relativ wenig behandelt. Auch wenn in öffentlich einsehbaren Foren für rechte VerschwörungstheoretikerInnen TTIP-Kritiken mit dem antisemitischen Verweisen auf die Interessen der „Ostküste“, die sich in Europa durchsetzen wollten, gefunden werden können, scheinen Rechtsextreme wenig Interesse an den handelspolitischen Konflikten in der Europäischen Union zu haben. 2015 versuchten die rechtsextremen „Identitären“ an einer Anti-TTIP-Kundgebung teilzunehmen, wurden aber von Antifaschist\_innen davon abgehalten. (<http://www.taz.de/!5240723/>, abgerufen am 1.1.2017)
- 3 [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20161019\\_OTS0064/freiheitliche-wirtschaftsfrw-ceta-als-tueroeffner-fuer-ttip](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161019_OTS0064/freiheitliche-wirtschaftsfrw-ceta-als-tueroeffner-fuer-ttip), abgerufen am 1.1.2017
- 4 [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20121013\\_OTS0040/fpoe-strache-vermoegenssteuern-sind-ungerecht-und-asozial](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121013_OTS0040/fpoe-strache-vermoegenssteuern-sind-ungerecht-und-asozial), abgerufen am 1.1.2017